

INTERNET

## „Das Schlimmste verhindert“

Springer-Chef Mathias Döpfner, 45, über den politischen Kompromiss zur Online-Expansion von ARD und ZDF

**SPIEGEL:** Die Ministerpräsidenten haben ARD und ZDF für ihr Internet-Geschäft engere Grenzen gezogen als erwartet. Eine „elektronische Presse“, die privaten Angeboten Konkurrenz macht, soll es nicht geben. Ziehen die Verlage demnach als Sieger aus der Schlacht?

**Döpfner:** Die Entscheidung war gut und hat das Schlimmste verhindert. Aber das war nur ein erster Schritt. Wenn der Rauch verzogen ist, müssen wir einen langfristig haltbaren Kompromiss finden.

**SPIEGEL:** Sie trauen dem Frieden nicht?

**Döpfner:** Es ist lebensfremd, wenn man eine neu entstehende multimediale Welt durch Überwachungs-gremien und Abmahnungen regulie-



WERNER SCHÜRING  
Döpfner

ren will. Am Ende wird nicht wirklich zu kontrollieren sein, ob etwa ein Beitrag von ARD und ZDF im Netz die definierten Grenzen einhält. Und die Öffentlich-Rechtlichen werden inhaltlich beschränkt. Neue Medien aber brauchen mehr Kreativität und Freiheit, nicht Beschränkung. Das entspräche nicht meinem Verständnis von Pressefreiheit.

**SPIEGEL:** Sie ergreifen Partei für die Online-Expansion von ARD und ZDF?

**Döpfner:** Ich glaube, es gibt nur einen ordnungspolitisch sauberen und vor der EU-Kommission vertretbaren Weg: ARD und ZDF dürfen im Internet inhaltlich tun und lassen, was sie wollen –

und verzichten dafür im Netz, aber auch im TV und allen anderen Kanälen auf Werbung, Sponsoring oder E-Commerce und finanzieren sich nur aus Gebühren.

**SPIEGEL:** ARD und ZDF haben nicht mal 500 Millionen Euro Werbeerlöse, aber gut sieben Milliarden Gebühren. Ein Werbeverzicht würde nichts daran ändern, dass sie mit Gebührenhilfe Nutzer auf ihre Internet-Angebote locken und den Privaten das Geschäft erschweren.

**Döpfner:** Es mag sein, dass die digitale Reichweite der Öffentlich-Rechtlichen extrem hoch wäre, aber sie könnte nicht monetarisiert werden. Einem Werbekunden würde die Reichweite von ARD und ZDF gar nichts nutzen, einem privaten Verleger also auch nicht schaden. Wenn wir das jetzt nicht sauber regeln, werden die Öffentlich-Rechtlichen versuchen, sich über crossmediale Umwege im Netz weiterzuentwickeln und dort eben doch Geld zu verdienen. Da käme es immer wieder zu Verwischungen.

**SPIEGEL:** Sie fallen damit der bisherigen Linie der Verleger in den Rücken.

**Döpfner:** Es ist im Interesse der Verleger, eine Lösung zu finden, die nicht umgangen und durchkreuzt wird. Wir haben uns alle auf den 12. Juni fixiert, alles andere hätte Verwirrung gestiftet. Aber wir müssen weitergehen. Mit einer klaren, freiheitlichen Lösung könnten wir uns um die echten Herausforderungen kümmern. Das sind nicht ARD und ZDF, sondern Google und Yahoo.

**SPIEGEL:** Also Journalismus den Öffentlich-Rechtlichen, Geschäft den Privaten?

**Döpfner:** ARD und ZDF finanzieren Journalismus mit Gebühren, die Privaten mit dem Geld der Werbekunden und Leser. Nur: Wenn einer beides darf, ist das Wettbewerbsverzerrung.

ARD

## „Ich kann die Politik nur warnen“

Der ARD-Vorsitzende Fritz Raff, 60, über den geplanten Rundfunkstaatsvertrag und das Lobbying der Verleger

**SPIEGEL:** Die Ministerpräsidenten haben ARD und ZDF im Internet größere Einschränkungen auferlegt, als Sie erwartet hätten. Was halten Sie davon?

**Raff:** Wer das Trommelfeuer der Verleger in den letzten Tagen gesehen hat, wie dort aus allen Rohren geschossen wurde, konnte sich nicht wundern, dass noch einmal Bewegung reinkommt.

**SPIEGEL:** Soll das heißen, die Öffentlich-Rechtlichen hätten nicht genug lobbyiert?

**Raff:** Doch, aber wir sind nun mal nicht die Herrscher der Druckseiten.

**SPIEGEL:** Durchgesetzt haben sich die Verlage bei der Definition der „elektronischen Presse“, die vorher so eng war, dass ein Verbot ARD und ZDF kaum eingeschränkt hätte. Nun ist selbst der Privatsender-Verband zufrieden – Ihre Niederlage muss wirklich schwer sein.

**Raff:** Noch sind auch eine Menge taktischer Äußerungen dabei. An den end-

gültigen Formulierungen wird ja noch gearbeitet. Aber nach dem, was wir gesagt bekamen, kann ich nicht erkennen, dass die Formulierung der „elektronischen Presse“ irgendwie in Frage stellt, was wir etwa bei tagesschau.de machen. Es steht aber zu befürchten, dass es permanent zu Rechtsstreiten kommt. Ich warte darauf, dass ein Gericht anordnet, dass wir die erste Information aus dem Netz nehmen. Dann wissen wir, wo Karlsruhe liegt.

**SPIEGEL:** Sie drohen mit endlosen Rechtsstreiten?

**Raff:** Wir nicht. Aber wenn die Formulierungen nicht klar sind, werden wir uns ständig Rechtsauseinandersetzungen mit Dritten gegenüber sehen. Ich kann die Politik nur davor warnen. Rechtsstreitigkeiten in Fragen der Pressefreiheit halte ich für gefährlich. Das Verfassungsgericht hat uns mehr ermöglicht, als die Politik nun anscheinend zu geben bereit ist. Jetzt kommt es darauf an, ob dieses Regelwerk so gestaltet wird, dass es verfassungsgemäß ist. Der Begriff „elektronische Presse“ jedenfalls ist ein Kampf-

begriff, der nicht taugt, weil er schwammig ist und bleibt.

**SPIEGEL:** Geld dürfen Sie unbegrenzt ausgeben, die Deckelung auf 0,75 Prozent des Budgets für Online-Ausgaben soll wegfallen.

**Raff:** Die Deckelung war eine Schlusszuckerung der analogen Welt. Aber alles, was möglich ist, wollen und können wir trotzdem nicht bezahlen.

**SPIEGEL:** Was halten Sie von dem Vorschlag von Springer-Chef Döpfner, dass ARD und ZDF auf Werbung ganz verzichten und dafür im Internet inhaltlich machen dürfen, was sie wollen?

**Raff:** Einen Werbeverzicht halte ich für ungeeignet. Das würde eine Gebührenerhöhung von 1,42 Euro im Monat nötig machen. Das will im Moment niemand aufbringen.

**SPIEGEL:** Ein Verzicht wäre als Preis zu hoch für die volle Freiheit im Netz?

**Raff:** Ja, der Preis wäre auf jeden Fall zu hoch. Werbeerlöse sind unverzichtbar in Zeiten, in denen die Gebührenzahler weniger werden und wir nicht hoffen können, das durch höhere Gebühren wettzumachen.



WOLTERFOTO / IMAGO  
Raff